



ASSEMBLÉE DES RÉGIONS D'EUROPE
ASSEMBLY OF EUROPEAN REGIONS
VERSAMMLUNG DER REGIONEN EUROPAS
ASAMBLEA DE LAS REGIONES DE EUROPA
ASSEMBLEA DELLE REGIONI D'EUROPA

Interregionale Politik
Linz, den 21. März 2002
Original in Englisch

Pressemitteilung

Ein erfolgreicher Schritt hin zur Einstimmigkeit der Regionen

Am 21. März 2002 versammelten sich in Linz (A) die Präsidenten der interregionalen Organisationen* Europas, mit dem Ziel, eine gemeinsame Politik zu entwerfen. Zum ersten Mal seit mehreren Jahren haben die Organisationen diesen wichtigen Schritt unternommen, um gemeinsam die Rolle der Regionen im zukünftigen Europa zu verteidigen und zu fördern. Darüber hinaus waren der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), der Ausschuss der Regionen (AdR) der Europäischen Union und der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) des Europarates aktiv an den Debatten beteiligt.

Die Teilnehmer der Linzer Konferenz beschlossen insbesondere, ihre jeweiligen Regierungen zu ersuchen, den Entwurf der Europäischen Charta der regionalen Selbstverwaltung zu unterstützen, damit dieser Text schnellstmöglich vom Ministerkomitee des Europarates als internationaler Vertrag verabschiedet wird.

Nach dem Motto "Gemeinsam sind wir stark" beschlossen die Teilnehmer der Linzer Konferenz**:

Governance und Zukunft Europas

- zu fordern, dass neben dem Ausschuss der Regionen, auch die Spitzenorganisationen der europäischen Gebietskörperschaften vom Konvent zur Anhörung geladen werden und dass sie direkt in die Arbeiten eingebunden werden, um Fragen zu behandeln, die direkt an die Rolle der Regionen und der Gemeinden in der EU gebunden sind;
- die Erarbeitung eines Verhaltenskodexes zu empfehlen, mit dem die Kommission sich bereits im Vorfeld von Entscheidungsprozessen für eine Zusammenarbeit mit den Regionen und Gemeinden und deren vertretenden Instanzen verpflichtet, d. h. von Beginn des Konsultationsprozesses bis zur Beschlussfassung. Es handelt sich hierbei um einen wichtigen Schritt hin zu einer Verfahrensweise, die einen wahren Dialog zwischen der EU und den Regionen und den Städten sicherstellt;
- zu unterstreichen, dass die europäische « good governance » auf der repräsentativen und partizipativen Demokratie aufbaut;
- daran zu erinnern, dass die Diskussionen um die « Governance » nicht eine Erweiterung der Kompetenzen zum Gegenstand haben, sondern eine klare und korrekte Aufteilung der Kompetenzen zwischen der Union, den Staaten, den Regionen und den Gemeinden, und dies zur Förderung der Demokratie, der Transparenz der europäischen Aktionen und der Kohärenz der verschiedenen öffentlichen Politiken;
- im Falle des nicht-Respektierens der Kompetenzverteilung, auf der Möglichkeit einer juristischen Kontrolle zu beharren, die entweder einer Fachkammer des Europäischen Gerichtshofs oder einem spezifischen Organ übertragen wird;
- eine Stärkung der Rolle des Ausschusses der Regionen zu fordern;

Regionalpolitik und Kohäsion

- im Hinblick auf die Auswirkungen der Europäischen Einigung und der Globalisierung verstärkt eine polyzentrische Entwicklung des Gemeinschaftsgebiets zu fördern, insbesondere auch durch die EU-Gemeinschaftsinitiativen;
- dass eine solche Politik neben gemeinsamen Zielen auch die Erkenntnis erfordert, dass die vielfältigen sozial-kulturellen Grundlagen in Europa sowie transeuropäische Kooperation die Basis für nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung bilden;
- dass dementsprechend das Bruttosozialprodukt als alleiniger bzw. wesentlichster Maßstab für eine europäische Struktur- und Kohäsionspolitik eher ungeeignet erscheint. Eine neue europäische Förderkulisse muss daher die tatsächliche Wettbewerbsfähigkeit der Regionen berücksichtigen;
- dass dies auch den unterschiedlichen Co-Finanzierungsmöglichkeiten und Realitäten in der erweiterten EU entspricht. Außerdem wird eine Harmonisierung bisher unterschiedlicher Kriterien für EU-Politiken

Immeuble Europe, 20 place des Halles, F – 67054 STRASBOURG Cedex (France)

Téléphone (+33) 3 88 22 07 07 – Téléfax (+33) 3 88 75 67 19

E-mail : secretariat@are-regions-europe.org ou infopresse@are-regions-europe.org



(EUREK, Strukturfonds, Forschung und Innovation) möglich: Hauptkriterien wie BSP und Beschäftigung sind um Faktoren wie Wirtschaftsstruktur, Innovation, Erreichbarkeit, Qualifizierung der Arbeitskräfte zu ergänzen;

- dass „Gemeinschaftsinitiativen“ eine Verantwortung der EU für europaweit und die zukünftige Entwicklung bedeutsame Themen bedeuten. Deshalb muss INTERREG auch in Zukunft europaweit eingesetzt werden, und zwar für alle Probleme (nicht nur wirtschaftlicher Art), die bestehen oder neu entstehen werden;

Eine Lösung bestünde darin, die Gemeinschaftsinitiativen aus den Strukturfonds ab dem Jahre 2007 herauszulösen und als eigenständige politische Aufgabe zu definieren;

Europäische Verkehrsnetze

Die im Weißbuch vorgeschlagenen Maßnahmen entsprechen nicht dem zunehmenden Bedarf nach Intermodalität, vor allem jedoch wird darin der Transportbedarf spezifischer Regionen und Gebiete nicht ausreichend berücksichtigt.

- Regionen müssen in diesem Bereich ein festgeschriebenes Anhörungsrecht vor europäischen und einzelstaatlichen Behörden haben: sie verfügen bereits - in unterschiedlichem Ausmaß - über Kompetenzen im Bereich der Verkehrsplanung, des Betriebs öffentlicher Verkehrsmittel, der Straßenverkehrsinfrastruktur und -erhaltung, des Verkehrsmanagements und der Verkehrssicherheit. Weiters sind sie in der Regel für die begleitende Sozial-, Umwelt- und Bodennutzungspolitik verantwortlich; auf Grund ihrer Einbindung in diesen Bereich sind Regionen bei der Festlegung und Umsetzung der EU-Verkehrspolitik beizuziehen.
- Deshalb sollten die Regionen angesichts der bedeutenden Auswirkungen des Verkehrswesens auf die soziale, wirtschaftliche und territoriale Kohäsion darauf drängen, dass eine ausgewogene und integrierte Transportentwicklung als zentrale Zielsetzung für die zukünftigen Strukturfonds zu gelten hat.

Darüber hinaus fordern die interregionalen Organisationen:

Nachhaltige Agrarpolitik und der Erhalt des ländlichen Raums

- dass eine multifunktionale Landwirtschaft einen bedeutenden Beitrag zum Schutz der Umwelt und zur Entwicklung des ländlichen Raums leisten muss. Dies bringt neue öffentliche Aufgaben mit sich, die von der Landwirtschaft übernommen und die - da sie nicht vom Markt getragen werden - durch öffentliche Mittel finanziert werden müssen. Die Art, wie diese Funktionen bewertet werden, wie die Beihilfen verteilt werden, beeinflusst entscheidend den Erhalt der europäischen Landwirtschaft.
- dass Kohäsion, Multifunktionalität, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit die Grundlage des neuen Agrarmodells bilden. Diese Elemente, gebunden an die Themen Lebensmittelqualität und -sicherheit, können dazu beitragen, dass die europäischen Steuerzahler der zukünftigen GAP mehr Glauben schenken werden. Gleichzeitig muss diese Qualität durch Instrumente, die die Agrarprodukte differenzieren, anerkannt, gestärkt und gefördert werden. Ursprungsbezeichnungen setzen dieses differenzierende Element voraus, ein Instrument, das die Qualitäten anerkennt, die die Bürger von einem Produkt fordern: Tradition, Qualität und Sicherheit.
- dass Europa auch die Reichtümer der Landschaften seiner ländlichen Gebiete zu wahren weiss, die sich durch eine große Vielfalt der Regionen auszeichnen. In Zukunft wird dieses regionale Potential genutzt werden müssen, um den sozio-ökonomischen Wert des ländlichen Raums im europäischen Kontext zu erhalten.

Um diese Ziele zu erreichen, müssen die regionalen Behörden aufgrund ihrer Nähe zu den territorialen Gegebenheiten beim Entwurf und der Umsetzung der zukünftigen Agrar- und Landwirtschaftspolitiken der Gemeinschaft mit einbezogen werden.

Nachhaltige Entwicklung

- den Zeitraum von 2003 bis 2012 zur Europäischen Dekade für nachhaltige Entwicklung zu erklären.

VRE-Kontakte :

Klaus Klipp, Generalsekretär (Tel. +33 3 88 22 74 40), Barbara Skoczylas-Thauront oder Francine Huhardeaux, Presse- & Kommunikationsabteilung (Tel. +33 3 88 22 74 46 oder 49) - Website : www.are-regions-europe.org

* Versammlung der Regionen Europas (VRE), Vereinigung Europäischer Obst- Gemüse- und Gartenbauregionen (AREFLH), Versammlung der Europäischen Weinbauregionen (AREV), Vereinigung der Europäischen Industrie- und Technologieregionen (RETI), Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG), Arbeitsgemeinschaft Alpen Adria (ALPEN ADRIA), Arbeitsgemeinschaft Alpenländer (ARGE ALP), Arbeitsgemeinschaft der Westalpen (COTRAO), Arbeitsgemeinschaft der Unteren und Mittleren Adria, Arbeitsgemeinschaft Galicien-Nord Portugal, Arbeitsgemeinschaft des Jura (CTJ), Arbeitsgemeinschaft der Donauländer (ARGE DONAULÄNDER), Arbeitsgemeinschaft der Pyrenäen (CTP) und Konferenz der Peripheren Küstenregionen Europas (KPKR).

** Die vollständige Erklärung ist im VRE-Generalsekretariat erhältlich

E-mail : secretariat@are-regions-europe.org ou infopresse@are-regions-europe.org